

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. — Veranschaulichungen kosten pro Seite 75 Pf. — Text- und Zeichnungsarbeiten werden nicht entgeltlich.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verlag der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bonn, Blomshäuser Str. 38-42. Telefon-Nr. 89, 98 u. 294. Telegr.-Nr.: Silberband 3466.

Riesenkampf der britischen Bergleute.

Wider Erwarten ist der große Kohlenbergarbeiterstreik in Großbritannien doch ausgebrochen. Rund 1 170 000 Arbeiter sind in den britischen Bergwerken beschäftigt. Man muß damit rechnen, daß der am Donnerstag, den 14. Oktober, ausgegebenen Streikparole an die Million Bergarbeiter gefolgt sind! Großbritannien Bergarbeiterchaft macht einen ungeheuren schweren Kampf für die Erhöhung ihrer Löhne durch. Selbstverständlich haben die kämpfenden Kameraden unsere volle Sympathie. Unser Verbandsvorsitzender, Kamerad Gusemann, hat dies noch besonders in einem Telegramm an den Generalsekretär der britischen Miners Federation, Kameraden Frank Sodges, zum Ausdruck gebracht.

Seit Juni d. J. „schwebt die Sache“. Damals unterbreitete die Miners Federation der Regierung folgende Forderungen: 2 Schilling pro Schicht Zulage für die erwachsenen, 1 1/2 Schilling für die jugendlichen Arbeiter. Senkung der Aufwandskohlenpreise um 14 Schilling 2 Pence pro Tonne. — Ueber 3 1/2 Monate sind verlaufen mit Verhandlungen zwischen Arbeiter-, Regierungs- und Grubenbesitzer-Vertretern. Ein Beweis dafür, daß es unseren Kameraden auf eine friedliche Lösung ankam. Sie haben auch deswegen, nachdem die Regierung erklärte, die Preisfrage sei eine „politische Angelegenheit“, über die die Regierung mit den Arbeitergewerkschaften nicht verhandele, die Preisforderung fallen gelassen. Um so fester hielten die Belegschaften nun natürlich an der Lohnforderung.

Als kein Zugeständnis von unmittelbarer Bedeutung erfolgte, wurden die Mitglieder der Miners Federation zur Abstimmung über die Frage: „Streiken oder nicht?“ aufgerufen. Die Abstimmung fand in der letzten Augustwoche ihren Abschluß und ergab 606 782 Stimmen für, 238 865 gegen Streik.

Die Delegiertenversammlung der Miners Federation nahm am 31. August Kenntnis von diesem Resultat und beschloß, noch einen Versuch zur gütlichen Verständigung zu machen. Das zeigt wieder von dem hohen Verantwortlichkeitsgefühl unserer britischen Kameraden, die wissen, wie sehr es von dem störungslosen Gang der Kohlenförderung die Wiedergewinnung nicht nur des Britischen, sondern des ganzen europäischen Wirtschaftslebens abhängt. Nur ein fribol denkender Mensch wird in einer solchen Situation nicht alles versuchen, um das Gemeinwesen vor Schäden zu bewahren.

Als traten die Kameraden Smillie, Sodges und ihre Mitstreiter wieder in Verhandlungen mit der Regierung. Diese verzog nun im Einvernehmen mit den Werksbesitzern auf den Vorschlag, die Lohnerhöhung abhängig zu machen von einer Erhöhung der Förderung. Wenn 240 Millionen Tonnen (jährlich) gefördert würden — was man aus der wöchentlichen Förderung errechnen wollte, so sollten 1 Schilling, wenn 242 Mill. Tonnen kämen, 2 Schilling zugelegt werden, bei 248 Mill. Tonnen sollte die Lohnzulage 3 Schilling pro Schicht betragen.

Man muß wissen, daß die britische Steinkohlenförderung 1919 nur rund 230 Mill. Tonnen betrug gegen 287,4 im Jahre 1918. Für 1920 wurde, nach dem Stande des bisherigen Ausbringens, auf 240 Mill. Tonnen gerechnet, also immer noch 47,4 Millionen Tonnen weniger als die Förderung 1918 betrug. In

Großbritannien war die Arbeiterernährung während des Krieges zwar auch verschlechtert, jedoch ganz bedeutend besser wie in dem ausgehungerten Deutschland. Trotzdem ging die britische Förderung schon im ersten Kriegsjahr auf 265,7 Mill. Tonnen zurück, sie fiel 1918 auf 226,5 Mill. Tonnen. 1918 förderte jeder Arbeiter (Gesamtbelegschaft) durchschnittlich 259 Tonnen, 1917 nur 247, 1918 nur 236 und 1919 nur noch 228 Tonnen. Die britischen Bergleute erklären diesen Förderrückgang mit dem während des Krieges betriebenen Raubbau. Die Nachwehen dieses Raubbaues sind noch längst nicht überwunden. Die Arbeiter sind daher nicht in der Lage, bei dem jetzigen Zustand der Gruben die Förderung wünschgemäß zu steigern. Außerdem erklären sie, den Werksbesitzern würde von der Regierung eine feste, recht hohe Rente garantiert ohne Rücksicht auf die Förderung. Infolgedessen hätten die Werksbesitzer kein Interesse an der Erhöhung der Förderung und vernachlässigten daher die Vervollkommnung der technischen Einrichtungen. Auch diese Ansicht führt die britischen Bergleute zu ihrer prinzipiellen Forderung der Rationalisierung (Sozialisierung) der Bergwerke.

Wenn man nun auch begreifen kann, daß die Regierung hohen Wert auf eine Förderungszunahme legt, so muß man andererseits berücksichtigen, daß es kaum einen ungeeigneteren Zeitpunkt als gegenwärtig geben kann, um von den Bergleuten durch Vorenthaltung der Lohnerhöhung eine Förderungserhöhung zu erzwingen. Und so haben denn die Belegschaften, als ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob sie den Regierungsvorschlag annehmen wollten, in der Urabstimmung mit 635 098 Stimmen für, 181 428 gegen, nur 181 428 für! Diese Majorität ist größer als jene für den Streik. Das ist bezeichnend für die Arbeiterstimmung. Sie ist durch das lange Singen der Verhandlungen erbittert worden.

Robert Smillie hatte die Kameraden öffentlich gebeten, den Regierungsvorschlag immerhin für 3 Monate anzunehmen, um ihn anzuprobieren und gewisse politische Reaktionen, denen ein Streik jetzt trotz seiner schweren Folgen willkommen sei, zu entzünden. Die gewaltige Majorität entschied aber anders. Inbesseren ist das kein Misträuenstotum gegen den außerordentlich vollstimmlichen Robert Smillie. Das wurde ihm in zahlreichen Belegschaftsversammlungen und in der Delegiertenkonferenz, die am 14. Oktober in London stattfand, ausdrücklich bezeugt. Unsere britischen Kameraden nennen ihre bewährten Führer nicht „Verwäter“, wenn diese glauben, der Masse einen Rat geben zu sollen, der gegen die Massenstimmung geht.

Die Delegiertenkonferenz am 14. Oktober beschloß mit 151 gegen 27 Stimmen, nun die Streikparole für Montag, den 18. Oktober, auszugeben! Dies wurde der Regierung brieflich mitgeteilt. Die Entsendung einer Deputation wurde abgelehnt, da man sich von weiteren Verhandlungen nichts versprach. Robert Smillie forderte nun, da die Würfel für den Kampf gefallen seien, mit fester Einigkeit vorzugehen. Einstimmig ist beschlossen worden, die Mannschaften

für die Verrichtung der Notarbeiten in den Gruben zu stellen.

Die Würfel sind für den Kampf gefallen. Er geht um die Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Schicht. In der kapitalistischen Presse, auch in der deutschen, liest man von „enorm gestiegenen, hohen Bergarbeiterlöhnen“. Damit ist es aber gar nicht so weit her. Der Durchschnittslohn der britischen Bergleute belief sich 1914 auf 6-7 Schilling pro Mann und Schicht, im Sommer 1920 stand er auf 16 Schilling 6 Pence. Der durchschnittliche Hauerlohn (Stichtlohn) betrug 1914 zwischen 8-9 Schilling, im Sommer 1920 stand er auf 21 Schilling 9 Pence. Die Lebensmittelpreise im Kleinverkauf sind mittlerweile um das drei- bis fünffache gestiegen. Der Bergarbeiterlohn war aber schon vor dem Kriege nicht ausreichend zur anständigen Lebensführung und Mühlage eines Notgroßens. Das muß wohl berücksichtigt werden bei der Beurteilung der Lohnforderung unserer britischen Kameraden. Nachdem der Streik ausgebrochen ist, finden sich denn auch sogar den Kapitalisten nahestehende Mäler, die erklären, die Regierung hätte den Bergleuten ihre Lohnforderung bewilligen sollen. Das sei auf alle Fälle billiger gewesen als die Arbeitseinstellung von einer Million Grubenarbeiter, die wahrscheinlich noch gewaltigere Betriebsstörungen zur Folge haben würde.

Im übrigen hat so gut wie die gesamte englische Presse seit Monaten in der einseitigen Weise scharf Stimmung gegen die Bergleute gemacht. Da es der sonst so gut organisierten britischen Arbeitererschaft an einer auch nur halbwegs ausreichend verbreiteten eigenen Presse leider immer noch fehlt, ist es kein Wunder, daß die so einseitig unterrichtete öffentliche Meinung sich überwiegend gegen die Bergleute stellt. Das macht ihren Lohnkampf besonders schwer und hat auch unangünstige Wirkungen selbst auf die Preise der anderen organisierten Arbeiter ausgeübt. Ob die Eisenbahner und Transportarbeiter — die mit den Bergleuten einen „Dreieund“ bilden — in den Sympathiestreik eintreten, steht zurzeit noch nicht fest. Dagegen sind energische Bemühungen hervorragender Arbeiterführer (Nichtbergleute) und Parlamentsmitglieder im Gange für eine rasche Verständigung der streikenden Parteien. Es kommen Nachrichten aus England, die von einer raschen Beendigung des Kampfes durch eine Verständigung reden. Andere Meldungen lauten entgegengesetzt.

Unsere britischen Kameraden wollten den Streik nicht. Das beweisen ihre monatelangen Verhandlungen. Smillie klagt die Regierung an, die Bergleute zum Neubegeben zu zwingen und so die ungeheure Wirtschaftskrise vergrößert zu haben. Auch wir kommen, speziell vom deutschen Standpunkt, nicht wünschen, daß diese gewaltige Einstellung der Kohlenförderung eintrat und hoffen deshalb auf eine rasche Beendigung des Streikes. Selbstverständlich hoffen wir auf den Sieg unserer Kameraden und versichern, daß, wenn sie unsere Hilfe verlangen sollten, sie ihnen zuteil werden wird! Wir rufen unseren im schweren Kampfe stehenden britischen Kameraden zu:

Glück auf zum Siege!

Starre Verneinung.

Am 16. Oktober fand in Essen unter dem Vorsitz von Dr. Wiedfeldt eine Sitzung der Handelskammer statt, an welcher neben Bankdirektoren und Geschäftsdirektoren auch Jugenberg und Stinnes teilnahmen. Direktor Janus vom rheinisch-westf. Kohlenbergbauat. erlatete Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. An der Aussprache beteiligten sich u. a. Geschäftsdirektor Rattau von Zollverein, Bankdirektor Jötten, Stinnes, Wiedfeldt u. a. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

1. Die zentralistische technisch-wirtschaftliche Leitung des gesamten Kohlenbergbaus bedingt einen großen Apparat, eine schwerfällige, schwammige, bürokratische Arbeitsweise, eine Überwälzung aller wichtigen Entscheidungen an die höchste Instanz und eine Stagnation und Verengung der Initiative, die die freie Wirtschaftsführung unmöglich macht.
2. Den Werksverwaltungen wird die technische und finanzielle Bewegungsfreiheit und damit die Verantwortung und Verantwortungsfreiheit genommen. Ihre Initiative wird gedämpft oder eingeschläfert. Diese Bedenken wiegen besonders schwer angesichts der Fragen, die auf dem Gebiete der Kohlenchemie zu lösen sind.
3. Die Verantwortung nicht nur für die Resultate der Wirtschaft, sondern auch für die technische Entwicklung jedes einzelnen Bergwerks geht auf den Reichskohlenrat, eine unverantwortliche, aus 100 Personen bestehende Körperschaft, über, deren große Mehrheit nicht die erforderliche wirtschaftliche noch bergwirtschaftliche mit der umfassenden allgemeinen wirtschaftlichen Erfahrung verbindet. Daraus wird die Verantwortung in unheilvoller Weise verhärtet.
4. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission bringen also in betrüblichem Maße alle Mängel des Staatsbetriebes, obwohl die Abhilfe, diese zu beseitigen, betont wird.
5. Die erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen Triebkräfte des Unternehmens werden ausgeschaltet. Die Hoffnung, daß der Gemeinismus diesen Antriebe erzeuge, ist keine genügende Grundlage für ein so folgenschweres Experiment. Alle Erfahrungen gehen in der entgegengesetzten Richtung. Auch die im Unterbau des Systems gedachten Brügel können einen wirksamen Anreiz nicht bieten, weil alle für die Wirtschaftlichkeit ausfallgebenden Entscheidungen im Oberbau des Betriebs getroffen werden. Der Arbeiterseifer also nicht hinreichend angeregt wird.
6. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission würden hiernach ein Stöcken der Förderung und ein Steigen der Selbstkosten und der Kohlenpreise mit sich bringen. Das ist ein wesentlicher Grund zum heutigen Zeitpunkt, da eine Besserung unserer perspektivellen wirtschaftlichen und politischen Lage ohne eine Steigerung der Kohlenproduktion unmöglich ist.
7. Sinkende Produktion und höhere Selbstkosten vernichten auch die Hoffnungen der Arbeitererschaft auf eine Verbesserung ihrer Lage und die Wünsche der Verbraucher nach besserer und billigerer Kohlenversorgung. Auch politische sind also nur verderbliche Wirkungen zu erwarten. Arbeiter und Verbraucher würden schwere Enttäuschungen erfahren.
8. Die Lösung der Frage der Kohlenwirtschaft muß davon ausgehen, daß unter Erhaltung und Stärkung der Arbeitsfreudigkeit aller an der

Kohlenproduktion Beteiligten die Förderung gesteigert, die Selbstkosten vermindert und die bergwirtschaftlichen und sozialen Probleme der Kohlenwirtschaft gelöst werden. Die Kernfrage der deutschen Zukunft ist: Wie muß unsere Wirtschaft geführt und gestaltet werden, um unser Volk am Leben zu erhalten?

Inhaltlich stimmt diese Entschliessung überein mit der der deutschen Bergbauvereine, die wir in Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichten und in das rechte Licht setzten. Kein neuer Vorschlag. Nur starre Verneinung. Die Werksbesitzer weisen auf die Gefahr einer Erstarrung in bürokratischen Formen und allzu straffe Zentralisation hin und übersehen dabei völlig, daß sie selbst in ihren veralteten Anschauungen derart erstarrt sind, daß sie eine Gefahr für unsere Fortentwicklung bilden. Für die Werksbesitzer hat der Betrieb nur eine technische und wirtschaftliche Seite. Die soziale Frage besteht für sie nicht. Das ergibt sich schon bei einer flüchtigen Prüfung der vorstehenden Entschliessung.

Zu 1.: Es ist nicht notwendig, daß die zentralistisch-technisch-wirtschaftliche Leitung so gegliedert wird, daß sie jede freie Wirtschaftsführung unmöglich macht. Wir denken uns die Organisation der neuen Wirtschaft vielmehr so, daß jeder einzelne Betrieb ein Eigenleben führen und sich so entwickeln kann, wie es die jeweiligen Verhältnisse erfordern.

Zu 2.: Die technische und finanzielle Bewegungsfreiheit der Werksverwaltungen braucht in keiner Weise eingeeignet zu werden. Im Einvernehmen mit den Arbeitern sollen sie vielmehr alles tun können, was geeignet erscheint, den Betrieb rationaler zu gestalten. Selbst die Rivalität zwischen den einzelnen Betrieben kann sich im Rahmen der Gemeinwirtschaft auswirken.

Zu 3.: Es ist ausgeschlossen, daß der Reichskohlenrat die Verantwortung für alles tragen und jeden einzelnen Betrieb leiten kann. Das ist aber auch nicht beabsichtigt. Und wenn es beabsichtigt wäre, braucht es so nicht gemacht zu werden. Es kann vielmehr alles so gestaltet werden, daß im Rahmen der Gemeinwirtschaft die dem Individualismus und Sozialismus innewohnenden Kräfte zur Entfaltung kommen können.

Zu 4.: Soweit die Vorschläge der Sozialisierungskommission alle Mängel des Staatsbetriebes bringen sollen, können sie abgeändert werden. Dahingehende Vorschläge sind aber von den Werksbesitzern noch nicht gemacht worden.

Zu 5.: Die erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen Triebkräfte brauchen innerhalb der Gemeinwirtschaft nicht ausgeschaltet zu werden. Aber innerhalb der heutigen Individualwirtschaft werden die idealen Triebkräfte ausgeschaltet, die zur Fortentwicklung unentbehrlich sind. Um neben den erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen auch die idealen Triebkräfte zur Entfaltung zu bringen, müssen wir zur Sozialisierung kommen.

Zu 6.: Wenn es gelingt, im Rahmen der Gemeinwirtschaft neben den erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen auch die idealen Triebkräfte zur Entfaltung zu bringen, dann werden wir nicht nur mehr, sondern auch billigere Kohlen bekommen. Die Sozialisierung ist darum im Interesse der Selbsterhaltung notwendig.

Zu 7.: Sinkende Produktion und steigende Selbstkosten werden allerdings alle Hoffnungen vernichten. Um das zu verhindern, müssen neben den erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen auch die idealen Triebkräfte zur Entfaltung gebracht werden, was nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft möglich ist.

Zu 8.: Die Kernfrage ist allerdings: Wie muß unsere Wirtschaft geführt werden, um unser Volk am Leben zu erhalten? Sie muß so geführt werden, daß neben den erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen auch die idealen Triebkräfte zur Entfaltung kommen können. Das ist nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft möglich, da hilft kein Drehen und Dackeln.

Die in der vorstehenden Entschliessung zusammengefaßten 8 Bedenken sind danach nur auf starre Verneinung eingestellt. Kein Gedanke, kein Abtöten, nur geistloses grau in grau und schwarz in schwarz. An keiner Stelle blüht der Gedanke auf, wie können neben den erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen auch die idealen Triebkräfte zur Entfaltung gebracht werden? Der Arbeiter erscheint nach wie vor nur als Betriebsmittel. Alles ist auf technische und wirtschaftliche Betrachtung eingestellt. Es wird völlig übersehen, daß es nicht gegen, sondern nur mit den Arbeitern geht und daß darum auch die soziale Frage gelöst werden muß und nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft gelöst werden kann.

Die Arbeiter werden sich nicht länger als Betriebsmittel behandeln lassen. Das mag man sich gelagt sein lassen. Unsere industrielle Entwicklung hat die Arbeiter aus aller Herren Länder zusammengesogen, entkulturiert, heimlos gemacht, entrechtet in Unwissenheit gehalten, und so den Vulkan geschaffen, auf dem wir stehen. Das kann so nicht weiter gehen. Nicht nur der Werksbesitzer ist Mensch, sondern auch der Arbeiter. Ebenso wie der Werksbesitzer hat auch der Arbeiter das Recht, seiner Arbeit und seines Lebens froh werden zu können. Was würden die Werksbesitzer sagen, wenn sie von den Arbeitern als Betriebsmittel behandelt würden?

Als nach Einführung des sogenannten freien Arbeitsvertrages im Jahre 1860 und des Allg. preuß. Berggesetzes im Jahre 1865 die erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen Triebkräfte zur Entfaltung kamen, wurden die idealen Triebkräfte unterdrückt und die Arbeiter immer mehr entrechtet und unterdrückt. Aber die Wirkungen des sogenannten freien Arbeitsvertrages, wie Herr Lorenz Blücher, Dr. der Staatswirtschaft, in seinem 1903 er-

schienenen Buch über die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, auf Seite 29 und 30:

„Es herrscht von jetzt an im Bergbau der feste Arbeitsvertrag. Zug dieser einerseits zur Entfestelung und zum Aufschwung des Ruhrbergbaues in hohem Maße bei, so würde er doch andererseits auch ausfallgebend mit zur fortschreitenden Entrechtung und wachsenden Proletarisierung der Bergarbeitermassen.“

Allen Forderungen der Arbeiter wurde jahrzehntlang die starre Verneinung entgegengesetzt, bis der Zusammenbruch kam. Erst mit dem Zusammenbruch dämmerte plötzlich den Werksbesitzern die Erkenntnis, daß es so nicht weiter gehen konnte. Da fanden sie es für nützlich, mit den Arbeitern in der Arbeitsgemeinschaft zusammenzuarbeiten. Inzwischen haben sie sich von ihrem Schwere wieder etwas erholt. Jetzt stoßen wir wieder auf die alte starre Verneinung! So geht das, offen gestanden, nicht weiter. Wenn die Werksbesitzer nicht mitarbeiten wollen, dann sollen sie das klar und ohne Umschweife aussprechen. Wir werden uns dann danach einrichten können. Aber mit solchen geistlosen Spiegelschereien soll man uns verschonen.

Im Mittelpunkt des Produktionsprozesses muß künftig der Mensch stehen als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Zweck der Profitmacherei, wie es bisher war. Der Mensch muß seiner Arbeit froh werden und seinen Schöpferdrang betätigen können. Alles, was dem Menschen in der Vergangenheit an Leib und Seele genommen wurde, muß ihm wiedergegeben werden. Wir müssen die Möglichkeit schaffen, daß nicht nur die erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen, sondern auch die ideellen Triebkräfte zur Entfaltung kommen können. Das ist nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft möglich. Wenn die Werksbesitzer bei deren Aufbau nicht mitarbeiten, sondern nur ein Geminnis bilden wollen, dann mögen sie dorthin gehen, wo der Pfeffer wächst. Wir brauchen Mitarbeiter, keine Gegenarbeiter, denen das Eigeninteresse höher steht wie das Gesamtinteresse.

Bergbeamte und Sozialisierung.

Der Verband oberer Bergbeamter, dessen Mitglieder hauptsächlich Betriebsführer, Fahrsteiger, Obersteiger usw. sind, hat am 17. Oktober in Essen eine Entschließung in der Sozialisierungsfrage gefaßt, in der es u. a. heißt:

„In den bisher bekanntgewordenen Vorschlägen zur Sozialisierung erblicken wir keine Gewähr für die Möglichkeit der Gebung und Verwirklichung der Kohlenbergbau; nach unserem Sachverständigenurteil sind wir vielmehr der Überzeugung, daß die Durchführung eines dieser Vorschläge unbedingt den Rückgang der Förderung und Erhöhung der Erzeugungskosten zur Folge haben würde. Die Sozialisierungskommission erkennt die Unterlegenheit des Staatsbergbaues gegenüber dem Privatbergbau an. Durch ihre Vorschläge werden den bestehenden Nachteilen weitere hinzugefügt. Wir halten es für ausgeschlossen, daß bei Durchführung eines dieser Vorschläge die Initiativen des Unternehmens und die Arbeitsfreudigkeit des leitenden Beamten mit in den sozialisierten Betrieb einfließen können; ebenso ist eine Steigerung der Arbeitslast der Arbeiter nach unseren Erfahrungen nicht zu erwarten. Der zu erwartende Mißerfolg der Sozialisierung wird bei der Masse eine größere Enttäuschung und Beunruhigung hervorrufen als selbst ihre Zustimmung. Von der Reichsregierung erwarten wir bestimmt, daß in Zukunft bei der Beratung so wichtiger Fragen, wie sie die Sozialisierung darstellt, Sachverständige aus unsern Kreisen herangezogen werden, da wir als Praktiker, welche zwischen den Unternehmern und Arbeitern stehen, in erster Linie zu. Abgabe eines Sachverständigenurteils berufen sind.“

Das sind dieselben gedankenlosen Gedankengänge, denen wir bei den Werksbesitzern begegnet sind. Wie der Herr, so's Geißer! „Und wie er sich räuspert und wie er ipudat, das habt ihr ihm glücklicherweise abgequakt!“ So geht es doch beim besten Willen nicht. Das Recht der Kritik bestreiten wir den oberen Bergbeamten nicht, aber dann sollen sie doch sagen, wie es anders und besser gemacht werden kann. Aber nichts, nichts! Alles soll beim Alten bleiben. Das ist das Alpha und das Omega ihrer Weisheit. Wenn die oberen Bergbeamten wirklich nicht mehr Geist und Verstandnis besitzen, wie es hiernach den Anschein hat, stehen sie an falscher Stelle; sie bilden dann lediglich ein Geminnis für unsere Fortentwicklung.

Trotzdem wollen die oberen Bergbeamten, die so wenig Sachverständnis zeigen, auch noch als Sachverständige berufen werden. Wer als Sachverständiger berufen werden will, der muß wenigstens wissen, daß es sich hier nicht lediglich um ein technisches und wirtschaftliches, sondern hauptsächlich um ein soziales Problem handelt. Mit den sozialen und psychologischen lösen sich alle anderen Fragen ganz von selbst. Aber davon haben die oberen Bergbeamten, die bei vornehmender Entschliebung mitgewirkt haben, offenbar keinerlei Ahnung. Wenn sie trotzdem als Sachverständige berufen werden wollen, so ist das schon mehr anmaßend als fachverrätend.

Viel mehr Verständnis zeigen die unteren Bergbeamten, welche nicht nur aus technischen und wirtschaftlichen, sondern hauptsächlich aus sozialen Gründen die Sozialisierung des Bergbaues fordern. So hat die Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes am 19. Oktober in einer Sitzung in Essen folgende Entschliebung angenommen:

„Die von der gesamten Angestellten-Gesellschaft des Ruhrkohlenbergbaues gewählten Vertreter der Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes (mit Ausnahme des Vertreters der oberen Bergbeamten) bekennen sich in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur beschleunigten Durchführung der Vollsozialisierung. Sie erblicken in der Beschleunigung dieses Zweckes der Produktion unter gleichzeitiger Einführung weitestgehender Überwachung der Preisbildung der kohlenerzeugenden Handelsgesellschaften den Anfang zur Verwirklichung einer sozialen Wirtschaftsform. Die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Produktion und für eine größere Wirtschaftlichkeit des Bergbaues sind nur dann gegeben, wenn im Wirtschaftsleben der Arbeitsfriede herrscht und größere Arbeitsfreudigkeit Platz greift, die zweifellos die Sozialisierung im Gefolge haben wird. Die Angestellten-Gruppe ist der Auffassung, daß die zahlreichen im Bergbau tätigen Angestellten durch Aufklärung und weitestgehende Mitarbeit in der Lage sein werden, während der Übergangszeit produktionsfördernde Einflüsse auszuüben. Nur durch solche Bewusstseinsarbeit des Betriebes unter Ausschaltung bürokratischer, Verwaltungs- und unterer Verwaltung aller fähigen Absätze zur veranschaulichten Tätigkeit im Wirtschaftsleben, wird die Sozialisierung den Erfolg haben, den das deutsche Volk von ihr erwartet.“

Die Angestellten-Gruppe behält sich vor, zu dem demnächst erscheinenden Entwurf der Reichsregierung über die Sozialisierung des Bergbaues eingehend Stellung zu nehmen.

Mit Ausnahme des Vertreters der oberen Bergbeamten bekennen sich danach alle Vertreter der Angestellten-Gruppe der Arbeitskammer für die beschleunigte Durchführung der Vollsozialisierung, weil nur dann Arbeitsfriede und Arbeitsfreudigkeit eintreten, die sozialen Fragen gelöst und mehr und billigere Kohlen geliefert werden können. Warum hat sich der Vertreter der oberen Bergbeamten auch hier ausgeschlossen? Nicht aus technisch-wirtschaftlichen, sondern aus sozialen Gründen. Für die oberen Bergbeamten ist die soziale Frage nicht gelöst, als daß in unserer heutigen individualistischen Wirtschaft überhaupt möglich ist, für die unteren Bergbeamten und Arbeiter aber nicht. Das ist des Übels Kern.

Alles geht vom Menschen aus. Folglich muß auch alles auf den Menschen eingestellt werden. Darauf ist in der Vergangenheit keinerlei Rücksicht genommen worden. Das rächt sich jetzt. Denn wir zu einer hemmungslosen, reibungslosen Wirtschaft kommen wollen, dürfen wir die Dinge nicht mit den Augen der oberen Bergbeamten ansehen, die sich selbst als Spitze, alle übr-

gen aber als Schmel ihrer Spitze betrachten. Auf diese Weise kann das soziale Problem nicht gelöst werden. Dieses läßt sich nur in einer sozialisierten, nicht aber in der heutigen individualistischen Wirtschaft lösen. Dafür fehlt aber den oberen Bergbeamten offenbar jedes Verständnis. Als Sachverständige würden sie daher der Sache nicht dienen, sondern nur schaden können.

Das Siedlungsproblem des Ruhrkohlengebietes.

Ursachen der schlechten Erfahrungen des laufenden Baujahres und Mittel zu ihrer Beseitigung.

Von Stadtbaumeister a. D. R. O. Hoff, Düsseldorf.

In einem Artikel in Nr. 85 der „Bergarb.-Ztg.“ gab ich einen Überblick über die bisherige Siedlungsstätigkeit im Ruhrkohlengebiet. Ich wies auf die verkehrte Politik und auf die Wege hin, die bisher befolgt waren; ich zeigte andere Wege, die nunmehr beschritten werden müssen, wenn wir aus dem Schmutz und Staub zu geordneten Stadt- und Landschaftsbildern kommen wollen.

In einzelnen warf ich kurz die Frage auf, „wo“ ange siedelt werden solle und „wie“ die Siedlungen gestaltet sein müßten. Die letzte Frage wird nun erschöpfend ein Bildvortrag beantworten. Die erste hingegen bedarf noch der Ergänzung an dieser Stelle. Bei der Frage, „wo“ angesiedelt werden solle, wies ich auf jene Faktoren hin, die bei der Bestimmung der Lage der Siedlungen und der Bodenbeschaffenheit zu berücksichtigen seien. Ist die Lage nach vorstehenden Gesichtspunkten bestimmt, so bleibt festzustellen, wie groß das Grundstück sein muß, wenn ein in sich abgeschlossener, wirtschaftlich lebensfähiger Stadtorganismus entstehen soll.

Die Größe der Siedlung, d. h. ihre Säulenzahl, ist zunächst abhängig von dem Bedürfnis. Dieses wiederum richtet sich nach der Zahl der neu aufzunehmenden Belegschaften der einzelnen Sechen und deren Lage zu dem in Aussicht genommenen Grundstück. Der Grundsatz, nur in sich abgeschlossene, lebensfähige Stadtorganismen zu schaffen, kann nicht stark genug betont werden. Demzufolge wird auch ein Grundstück in Aussicht zu nehmen sein, welches nicht nur für das nächste Baujahr, sondern für die nächsten fünf Jahre ausreicht. Es wird für dieses Gebiet nach den Grundrissen des modernen Städtebaues ein Siedlungsplan auszuarbeiten und festzulegen sein, der alsdann in mehreren Bauabschnitten zur Ausführung kommen kann. Nur auf dieser Grundlage ist eine geordnete Siedlungsarbeit möglich, wird die Planlosigkeit, jedes Stück- und Flickwerk, von vorn herein ausgeschlossen. Es soll hierbei nicht verkannt werden, daß ein derartiges, systematisches Arbeiten ganz besonders für den Anfang Schwierigkeiten bereitet; aber diese müssen im Interesse des Wohlfühlens der ganzen Sache überwunden werden, gleichviel wie.

Worin bestehen nun diese Schwierigkeiten? Sie wurzeln in der notwendigen Voraussetzung der Finanzierung folgenden Planes:

1. mindestens für drei Jahre Bauland auf Vorrat bereit zu halten,
2. Vorarbeiten für die eigentliche Planbeschaffung,
3. die Planbeschaffung für die Geländeerschließung,
4. die Geländeerschließung selbst, — die Herstellung des baulichen Geländes in den verschiedensten Zweigen.

Nur, wenn die hier gezeigten Vorbedingungen erfüllt worden sind, wird die Bodenpfeulung unklüßlich verbindeht, ist eine glatte Abwicklung des eigentlichen Bauvorhabens ohne Störung möglich. Alle gegenteiligen Maßnahmen, namentlich eine Arbeitsweise, wie sie in dem laufenden Geschäftsjahre üblich war, verzögert den Baubeginn, die Fortsetzung und die Vollendung. So, sie macht die Abweisung des festgesetzten Jahresbauprogramms überhaupt unmöglich.

Um an der Verteilung der Gelder vor allem reichlichen Anteil zu nehmen, wurden im laufenden Jahre vielfach in aller Eile Pläne mehr oder weniger bedenkllicher Art angefertigt. Häufig unvollständig, ja unbrauchbar, kamen sie zur Treuhändstelle in Essen, bevor man die Grundstücksfrage geregelt, das Gelände aufgeschlossen, die ortstatutarischen Bedingungen erfüllt hatte. Leider war man auf solche Arbeitsweise angewiesen. Geldmittel für den Grundstückswerb oder für die Geländeerschließung, kurz für die Vorarbeiten, hatte man nicht. Diese sollten erst auf Grund der eingereichten Pläne bewilligt werden. Unvollständige Pläne gaben zunächst die Veranlassung zu einem absehnlichen Scheitern. Hatte man nach mehrfachem Hin und Her endlich die Pläne in Ordnung, so konnte ein Teil davon finanziert werden. In die Bewilligung der Mittel wurde meistens die Bedingung geknüpft, die Bauten innerhalb sechs Monaten fertigzustellen. Man wird das fürchterliche Durcheinander der Arbeitsweise verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zunächst das Grundstück bezahlt sein muß, je nach den Kaufbedingungen wenigstens teilweise, ehe der alte Besitzer sein Verfügungsrecht über dasselbe aufgibt, bevor das Gelände sodann erschlossen, Straßen und dergleichen angelegt werden können. Auch die Kanalisierung, sonstige Hochverlegungsarbeiten, der Ausbau der Straßen, bei schnellster Arbeitsleistung, würden allein mehrere Monate in Anspruch nehmen. Man wird die Planlosigkeit weiter erkennen, wenn man sieht, daß die Verhandlungen über die Erledigung benannter Vorarbeiten mit den beteiligten Gemeinden und sonstigen Körperchaften kaum zum Abschluß gebracht waren, bevor die gestellte Frist für die Vollendung der Bauten abließ. Ein großer Fehler bestand darin, daß die Bauvereine vielfach von Architekten beraten wurden, die selbst nicht die notwendigen Erfahrungen im Siedlungsweisen besaßen.

Wollte es wundernehmen, wenn boreilige Schwarzseher schon vor Monaten Gerüchte in die Welt setzten, das ganze Siedlungsweesen sei verkracht? Nun, so weit sind wir noch nicht, aber ich bin überzeugt, will man die hier geschilderte Planlosigkeit auch fürs nächste, und für die kommenden Jahre beibehalten, so wird die wohlgemeinte Siedlungsarbeit in krankhaftem Zustande verharren.

Schuld an den üblen Erscheinungen des laufenden Jahres trägt neben mangelhafter Bauleitung zunächst der Staat selbst, der vor lauter Geizhäre nach Kohlen nicht Zeit fand einzusehen, daß jedes Ding dreierlei zum Gelingen notwendig hat, nämlich Ruhe, Zeit und ein klar umrissenes Ausfüh-rungsprogramm. Dieses hat bei der sonst so ausgezeichneten Organisation des Siedlungsverbandes für das laufende Jahr noch nicht überall bestanden. Soll die Tätigkeit also wirklich Erfolg haben, so müssen die notwendigen Voraussetzungen gegeben sein, muß bauliches, das ist aufgeschlossenes Gelände auf Vorrat zur Verfügung stehen, muß, wenn die eigentlichen Baupläne genehmigt, die Mittel bewilligt, auch sofort mit dem Bau begonnen werden können.

Im Vorbergrunde des Interesses steht also die Baulandfrage, die Beschaffung des baulichen Geländes auf Vorrat mit allen Nebenfragen. Bei der Behandlung des hier anstehenden Problems ist ohne weiteres klar, daß es nicht von den einzelnen Bezirgs-G. m. b. H. zu lösen ist, sondern namentlich die Finanzierung für den ganzen Kohlenbezirk nach bestimmten Grundrissen geregelt werden muß

und zwar derart, daß der Treuhändstelle in Essen erstmalig aus Reichsmitteln ein besonderer Grundstücksfond zugewiesen wird, aus dem die Mittel vorzugsweise bestritten werden. Ich sage vorzugsweise, denn mit der Bewilligung und Auszahlung der Beträge für die einzelnen Bauarbeiten finden auch die Gelände- und Geländeerschließungskosten ihre Deckung. Jeweils bei der von der Treuhändstelle auszugehenden Haussumme kann der auf das bauliche Gelände entfallende Anteil dem sogenannten Grundstücksfond sofort wieder zugeführt werden. Aus diesen nach und nach eingehenden Beträgen bliebe der Fond fortlaufend zu speisen, so daß nur erstmalig eine Summe vom Reiche zur Bildung des Fonds bereitstellen wäre. Mit dem späteren Abschluß der gesamten Siedlungsstätigkeit könnte auch die erste Umleihe summe des Reiches ihre Deckung finden. Der Zinsverlust würde fortlaufend auf das Konto des einzelnen Gebäudes ver-rechnet werden. Die aus dem vorräthigen Gelände für Nach-gärten hereinkommenden Beträge können für Verwaltungs- und sonstige Unkosten herangezogen werden.

Die Gemeindeverwaltungen würden hierbei finanziell wesentlich entlastet, indem sie, nicht wie bisher, die Gelände zu erschließen und für den Anbau bereitzuhalten haben. Eine Maß-nahme, die Kosten verursacht, welche oft durch hohe Anleihen gedeckt werden müßten, auf Jahre hinaus jedoch keine und je nach dem Fortschritte des Anbaues nur durch die Anlieger-beiträge eine klägliche Verzinsung erführen.

Gelegebung und Verwaltung.

Arbeitervertreter in der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

In das Reichs-Arbeitsministerium in Berlin hat der Vorstand unseres Verbandes am 13. Oktober folgende Eingabe gerichtet:

„Die organisierte Arbeiterschaft tritt immer wieder mit der Forde-rung an uns heran, wir sollten dafür Sorge tragen, daß ein Organi-sationsvertreter mit an die Spitze der Knappschafts-Berufsgenossenschaft berufen werde. Sie wünscht dieses aus dem Grunde, weil sie der einseitigen Rentensicherung durch die Unternehmer mittrauisch gegenübersteht. Die Ihnen, Herr Reichs-Arbeitsminister, bekannt sein wird, ist in der Seemannsberufsgenossenschaft schon ein berufener Vertreter der organisierten Arbeiterschaft. Es wäre nun auch wünschenswert, in der Knappschafts-Berufsgenossenschaft diesem Beispiele zu folgen. Die Bergarbeiterschaft fordert fortgesetzt eine große Zahl von Opfern, und immer wieder begegnet man einem großen Mißtrauen gegen die Knappschafts-Berufsgenossenschaft. Diesem könnte aber durch die Mitwirkung eines Arbeitervertreters die Spitze abgebrochen werden und wir sind sicher, daß, wenn ein solcher mit in dieser Institution wirkt, mehr Sympathie bei den Arbeitern ausgeübt wird. Es ist uns bekannt, daß die Beträge zur Unfallversicherung durch Umlageverfahren nur von den Unterneh-mern gedeckt werden; aber richtig ist auch, daß diese Beitragszahlungen nur möglich sind durch die produktive Arbeit der gegen Unfall Versicher-ten. Bis heute hat man es auch den Arbeiter-Organisationen allein überlassen, auf die Leistungen der Unfallversicherung hinzuwirken und unter welchen Umständen sie gewährt werden. Die mechanische Behand-lung, die zur Gebrauchsfähigkeit verletzter Glieder mitzubringen hat, stößt bei den Unfallverletzten auf großen Widerstand. Auch hier wäre Auf-klärung hochwichtig. Die Verwirklichung der Prothesen, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden, ist auch der Mehrzahl der Unfallbescherten ein Buch mit sieben Siegeln und müßte auch hier mehr getan werden, um zu zeigen, daß von der Unfall-Berufsgenossenschaft aus alles geschieht, um die Lage der Unfallverletzten besser zu gestalten. In allen diesen Fällen müßte die Unfall-Berufsgenossenschaft besser für Aufklärung sorgen.“

Es soll dieses kein Vorwurf dahingehend sein, daß die Herren, welche diesem Institut vorstehen, ihre Schuldigkeit nicht tun würden, Nein, aber gesagt muß werden, daß sie das Innenleben und die Vor-urteile der Arbeiterschaft nicht so kennen können, wie es einem Gewer-schaftsvertreter auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen möglich ist. Es wäre daher nur zum Nutzen der Knappschaftsberufsgenossenschaft, und würde in dem Kreise der Verletzten große Veruhigung schaffen, wenn einer ihrer Organisationsvertreter mit an leitender Stelle stände. Am 17. und 18. September fand in Würzburg die Tagung der deutschen gewerlichen Berufsgenossenschaften statt. Herr Professor Mor-denbauer führte dort unter anderem aus, wenn die Arbeiterschaft die Mit-wirkung der Verletzten innerhalb der Berufsgenossenschafts-Verwal-tung verlange, weil sie unter anderem bei einseitigen Rentensicherung durch die Unternehmer mittrauisch gegenüberstehe, so sei dieses Miß-trauen zwar ungerechtfertigt, in dessen Befehle kein Grund, diesem Ver-langen zu widerstehen, eben weil die Berufsgenossenschaften das Recht des Tages nicht zu scheuen hätten.

Man erhebt aus diesen Ausführungen, daß sich die Berufsgenossen-schaften selbst schon mit der Frage der Einziehung von Organisations-vertretern beschäftigt haben.

Wir ersuchen deshalb das Reichs-Arbeitsministerium, eingehend zu prüfen und, durch Aussprache mit der Knappschaftsberufsgenossenschaft festzustellen, ob es nicht möglich ist, einen Arbeitervertreter oder mehrere derselben in diese Institution zu berufen.

In der Hoffnung auf baldigen günstigen Bescheid, zeichnet mit hochachtungsvollem Gruß-Auß! Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die deutsche Kohlenförderung

erreichte (ohne Saar und Pfalz) im August 10 788 006 Tonnen Stein-, 9 850 529 Tonnen Braunkohlen und 2 227 933 Tonnen Koks. Von Januar bis August einschl. wurden gefördert 84 178 261 Tonnen Stein-kohlen gegen 67 796 871 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vor-jahres und 71 089 795 (80 226 850) Tonnen Braunkohlen. Ferner wurden gewonnen 16 083 183 (13 281 517) Tonnen Koks, 3 109 664 (2 564 972) Tonnen Preßkohlen aus Steinkohlen und 15 445 812 (12 681 067) Tonnen Preßkohlen aus Braunkohlen. Die erfreulich stei-genden Förderziffern beweisen den Arbeitswillen der deutschen Bergleute. Daher muß man auch ihren materiellen Lebensbedürfnissen Rechnung tragen und darf ihrem idealen Streben nach der Sozialisierung des Bergbaues nicht mit den abgebrauchten Redensarten der Profitläger begegnen.

Zunahme der Ruhrkohlenförderung.

Ueber ihre Entwicklung im Jahre 1920 unterrichtet folgende Uebersicht:

Monat	1920		1919		
	Total Mill. Tonnen	arbeits-tägig Tonnen	Total Mill. Tonnen	arbeits-tägig Tonnen	
Januar	6,66	264 875	Juni	7,45	304 246
Februar	6,88	286 511	Juli	7,56	320 154
März	6,40	236 951	August	7,48	327 879
April	6,51	271 817	September	7,80	306 042
Mai	7,00	305 043			

Die günstige Entwicklung schon im Frühjahr wurde unterbrochen durch den verbrecherischen Putzch der Republik. Im Juli-August setzte starker Lebensmangel ein. Im September ist die höchste Totalförderung seit Herbst 1918 erreicht worden. Bis zur Höhe der Friedensförderung bedarf es aber noch einer Zunahme der arbeits-tägigen Förderung auf 360 000 Tonnen.

Die Förderung der Saargruben

betrug vor dem Kriege durchschnittlich eine Million Tonnen monatlich bei einer Belegschaft von 31 000 Mann. Im laufenden Jahre ist die Monatsförderung nur einmal (Juli) über 850 000 Tonnen hinausge-gangen. Die Gesamtbelegschaft betrug Ende August 72 403 Mann. Nach-folgend geben wir die monatlichen und täglichen Förderziffern (in Tonnen):

Monat	1920		1919	
	Total Mill. Tonnen	arbeits-tägig Tonnen	Total Mill. Tonnen	arbeits-tägig Tonnen
Januar	708 429	19 086	727 485	27 979
Februar	725 993	17 070	743 063	30 981
März	820 115	19 761	889 874	31 108
April	717 624	17 041	784 685	30 811
Mai	693 695	16 071	709 766	30 859
Juni	745 684	17 782	763 616	31 295
Juli	840 782	19 288	860 282	31 283
August	686 042	16 638	702 680	28 107

Die Verteilung der reinen Kohlenförderung geschah folgendermaßen: Selbstverbrauch der Gruben (einschließlich der elektrischen Zentralen und angegliederten Betriebe) 65 238 (im August 87 390) T., Lieferungen an die eigenen Kokereten 26 747 (20 837) T., an die Brückfabriken der Gruben 2750 (im Vormonat 2302) T., Lieferungen an die Bergarbeiter 20 217 (48 891) T.; Verkauf und Versand 849 035 (im Vormonat 702 146) T.; demnach Gesamtabsatz 664 047 (648 506) T. Also Vermehrung der Salzenbestände 33 633 (11 542) T. In den eigenen angegliederten Betrieben wurden erzeugt an Koks 19 171 (21 146) T. und an Brückstein (mit faarbländiger und einfarbländiger Koks) 4193 (3786) T. Auf den Salzen lagen Ende August 124 612 (92 618) T. Koks, 1671 (1467) T. Koks und 0 (1) T. Brückstein. — In der französischen Presse werden die Ruhrbergwerke beschuldigt, ihre Arbeitspflicht nicht voll zu tun. Daher sei die Ruhrbergförderung trotz viel stärkerer Belegschaft sehr viel geringer als vor dem Kriege. Die Saargruben stehen unter französischer Verwaltung. Aber auch hier ist die Förderung trotz viel stärkerer Belegschaft bedeutend niedriger als vor dem Kriege.

Aus den Unternehmerverbänden.

Gelbe gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Das Gewerkschaftsstatut des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften (Gelbe) nahm nach Neben der Reichstagsabgeordneten Adams-Essen und Geisler in Berlin in betreff der Sozialisierung des Kohlenbergbaus einstimmig folgende Resolution an: „Die Verammlung erachtet in den beiden Sozialisierungsentwürfen der erweiterten Sozialisationskommission für den Bergbau keine geeigneten Grundlagen für gesetzgeberische Maßnahmen zur Sozialisierung des Bergbaus. Sie vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß von einer überhöhten Transparenznahme der Gesetzgebung wirkliche Nachteile und nicht lediglich parteipolitisch einschlägige politische und theoretische Fragen zu klären sind. Solange nicht von betrieblernen Männern der Praxis die Fragen beantwortet werden können, ob erstens durch eine Sozialisierung des Bergbaus die Kohlenproduktion gesteigert werden kann, und ob zweitens die Sozialisierung statt einer weiteren Vertiefung einer Verbilligung der Kohlenpreise zur Folge hat, erachtet die Verammlung in den Sozialisierungsversuchen leichtfertige Experimente, die für die deutsche Wirtschaft weitere schwere Schädigungen, voraussichtlich ihren vollständigen Zusammenbruch im Gefolge haben müssen. Die Verammlung fordert von der Regierung und vom Parlament, zunächst die schon sozialisierten Staatsbetriebe rentabel zu machen, die allmählich wieder gelandene Wirtschaft für längere Zeit in Ruhe zu lassen, um sie im Laufe der Entwicklung sich als notwendig erweisende Reformen besseren Zeiten zuzuwenden. Das schließt nicht aus, daß sich inzwischen die Unternehmer und die Werkleiter über eine Form der Gewinnbeteiligung verständigen.“

Die Unternehmer lassen gegen die Sozialisierung alle Wunden springen und daher kann es nicht überraschen, daß auch die gelbe Schutztruppe dagegen aufmarschiert. Alle Gründe, die in der vorstehenden Entschiedenheit gegen die Sozialisierung angeführt werden, haben wir schon von den Werksbestyrern gehört. Diese Uebereinstimmung zwischen Werksbestyrern und Gelben war immer vorhanden. Unmittelbar nach der Revolution hielten es die meisten Gelben allerdings für vorteilhafter, die Farbe zu wechseln und den weißen Mann zu spielen. Das geschah jedoch aus rein gelben Gründen; sie hofften dabei besser zu fahren. Jetzt geben sie sich wieder in alter Form, weil ihnen das vorteilhafter erscheint. Der persönliche Vorteil ist für sie bestimmend, dafür leisten sie in jeder Farbe jeden Dienst. Dahin hat die heutige individualistische, nur auf die Falschheit eingestellte Wirtschaft die Menschen gebracht.

Die gelbe Entschiedenheit besagt also bestenfalls, daß wir schon deshalb zur Sozialisierung kommen müssen, um die Menschen wieder zu Menschen zu machen. Die individualistische Wirtschaft ist nur auf die Falschheit eingestellt, sie entwickelt die erwerbs- und erfolgswirtschaftlichen, aber nicht die idealen Triebe. Jeder Gemeininn muß dabei verloren gehen. Wohin das führen muß, das haben wir besonders bei den Erscheinungen während und nach dem Kriege gesehen. Wo findet man noch eine Spur von Gemeininn? Überall nur nackte Falschheit, die über Leichen geht und aus der allgemeinen Not rücksichtslos Kapital schlägt. Und wohin muß das letzte Ende führen? Zur völligen Auflösung jeder Moral und Ordnung, zu einem Kampf aller gegen alle bis zur Selbstvernichtung. Wer das verhindern will, muß für die Sozialisierung einreten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ausübung des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Bundesauschusses erließen die Anwesenden vor Eintritt in die Tagesordnung das Aushalten des verstorbenen Max Staudinger vom Steinhilberverband. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den Betriebsratsgesetz, zu dem noch eine Reihe von organisatorischen Fragen (Geschäftsordnung usw.) vorzubereiten waren.

Als zweiter Punkt stand die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress auf der Tagesordnung. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugewerbe, keramische und Glasindustrie Warplow (Bauarbeiterverband), Stellvertreter Ströme (Malerverband); Nahrungs- und Genussmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmidt (Landarbeiterverband), Stellvertreter Wey (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, Klavierische Berufe Seitz (Buchdruckerverband), Stellvertreter Gauchlen (Buchdruckerverband); Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie Simon (Schuhmacherverband), Stellvertreter Fiedel (Textilarbeiterverband); Sandels- und Lederhandwerk, Gemeinde- und Staatsarbeiter Scheffel (Eisenbahnerverband), Stellvertreter Urban (Angeklebterverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie Wilmann (Metallarbeiterverband) und Que (Bergarbeiterverband), Stellvertreter Sebe (Maschinen- und Holzverband) und Lornow (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung: Stellung von Ertragsbeiträgen für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Ertragsbeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundesratler Rube begründete den Antrag mit der allgemeinen Verwertung und mit der Steigerung der Ausgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erkannten einmütig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen und daß die Angehörigen des Bundesvorstandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der notleidenden Gewerkschaftsmitglieder in Deutschösterreich vorgezahlt haben, wodurch sich die Zahlung der Ertragsbeiträge für das laufende Jahr erhöht. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Ertragsbeitrag bewilligt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 Mitglieder, am Ende des Jahres jedoch 7 393 123 (1 612 636 Mitglieder). Es wurden also vierhundert Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5 479 073 gegen 1 648 913 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23 862 gegen 10 041 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werberarbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrer wehrhaften nicht geringen Wache anderer Arbeit geleistet haben.

Eingekommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 M., Verbandsbeiträge 1 85 954 513 M., britische Beiträge 48 098 827 M., Ertragsbeiträge 595 722 M., von arbeitenden Mitgliedern in Streikzeiten 57 181 M., Zinsen 4 069 461 M., sonstige Einnahmen 10 669 516 M. Die Gesamteinnahme betrug 2 47 306 838 M., Ausgegeben wurden für Unterhaltungen 44 942 793 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Auslieferungen 45 300 042 M., für Bildungsweide 15 609 812 M., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 86 207 477 M., die Verwaltungskosten betragen 59 348 578 M., davon persönliche 6 948 344 M., sächliche 5 484 917 M., und Verwaltungskosten der Hauptstellen und Gaus 46 879 317 M., die Gesamtausgabe betrug 201 408 709 M., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 138 180 009 M., davon in den Hauptstellen 107 508 081 M.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schiedspruch in der Lohnfrage im Ruhrbergbau.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium tagte am 19. Oktober unter der Leitung des Ministerialrats Dr. Stryer der zur Regelung von Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuss. Als Vorsitzender nahmen der preussische Minister des Innern Severing und der Geschäftsführer des Reichslohlenverbandes Generaldirektor Koenig teil. Der Schlichtungsausschuss fällte nachstehenden Schiedspruch, zu dem die Parteien bis zum 30. Okt. endgültig Stellung nehmen werden: „Die Löhne werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab um 2 Pf. für jede Schicht für die unterirdisch Beschäftigten und um 25 Pf. für die Stunde für die Arbeiter über Tage erhöht. Für die Arbeiter unter Tage beträgt die Erhöhung die Hälfte dieser Sätze. Verheiratete Arbeiter und alleinstgliche Ernährer ihrer Familie im Sinne des § 8 Abs. 2 des Tarifvertrages erhalten vom 1. Oktober ab ein Hausgeld von je 3 Mark pro Schicht, das nach den Grundzügen des Kindergeldes behandelt wird. Das Kindergeld wird um 1 Mark je Schicht und Kind erhöht. Einzelheiten der Durchführung sind in der Arbeitsgemeinschaft zu regeln.“

Die Schlichtungsausschuss davon überzeugt ist, daß der Bergbau an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt ist, hat er es trotzdem für notwendig gehalten, den Vergleuten nach einmal eine Lohnserhöhung zuzusprechen. Er ist sich der großen Tragweite dieser Erhöhung für das gesamte Wirtschaftsleben voll bewußt, daß damit eine neue schwere Belastung zu tragen haben wird. Von den Vergleuten erwartete der Schlichtungsausschuss, daß sie ihrerseits an der Verringerung dieser Last mitwirken, indem sie in eine produktivere Gestaltung der Ueberhöhten einwilligen. Die vorteilhafteste und für den Bergbau gesundheitlich zuträglichste Gestaltung der Ueberhöhten besteht der Schlichtungsausschuss darin, daß die jetzt verfahrenen beiden normalen Arbeitstagen auf die ganze Woche verteilt werden, oder daß unter Freilassung des Samstag von Ueberarbeit sich die Ueberarbeit an den anderen Tagen der Woche entsprechend verlängert. Der Schlichtungsausschuss empfiehlt der Regierung, die Gedanken der Bergarbeiter gegen eine derartige Regelung durch gesetzliche Festlegung einer Höchstarbeitzeit zu beseitigen. Soweit nicht auf diesem oder einem anderen Wege eine Verringerung der Selbstkosten des Bergbaus zu erzielen ist, wird eine Erhöhung des Kohlenpreises die unvermeidliche Folge der Lohnserhöhung sein müssen.“

Die vier Bergarbeiterverbände haben ihre Forderungen auf eine Lohnserhöhung von 6 Mark pro Schicht für die Untertagearbeiter und von 75 Pf. pro Stunde für die Ueberarbeiter schon am 21. August beim Reichsarbeitsministerium eingereicht. Bei den Verhandlungen am 20. August haben die Werksbestyrer diese Forderungen abgelehnt. Die Bergarbeiterverbände riefen darauf die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums an und es haben inzwischen auch mehrere Verhandlungen stattgefunden. Bei den Verhandlungen am 18. Oktober kam es dann zur Bildung des Schlichtungsausschusses, der vorstehenden Schiedspruch fällte.

Die Forderungen der Arbeiter werden danach nur teilweise erfüllt. Von den Werksbestyrern wird erklärt, daß sie auch die nach dem Schiedspruch zu gewährenden Zulagen ohne Kohlenpreiserhöhungen nicht tragen können. Sie haben einen dahingehenden Antrag beim Reichslohlenverband gestellt, welcher am 20. Oktober gemeinsam mit dem Großen Ausschuss des Reichslohlenrates darüber zu entscheiden hat. Lediglich die bisher schon gewährten 4,50 M. pro Schicht wollen die Werksbestyrer aus eigenen Mitteln tragen, jede Mehrbelastung soll durch Kohlenpreiserhöhung aufgebracht werden. Wenn das eintritt, wird der Ankauf der Preissteigerungen noch schärfer eintreten und den Arbeitern mehr wehmen als sie erhalten werden. Wohin soll das führen?

Bezirkskonferenz Gladbeck.

Die am 17. Oktober von 61 Parteimitgliedern und 3 Generalversammlungsdelegierten besuchte Bezirkskonferenz hat mit allen gegen vier Stimmen den Beschluß des Gesamtvorstandes und der Bezirksleitungen vom 12. September, den Lokalbeitrag auf 1 Mark wöchentlich zu erhöhen und von diesem Lokalbeitrag je Beitragsmarke 50 Pf. an die Hauptstelle abzugeben, gutgeheißen. Zu bemerken ist dazu, daß ein Parteimitglied der Bezirkskonferenz demgegenüber erklärte, daß er sich nicht für die Erhöhung des Lokalbeitrages hat sich kein einziger Teilnehmer ausgesprochen.

Vertrauensmännertkonferenz in Mörz.

In der am 17. Oktober in Mörz stattgefundenen Vertrauensmännertkonferenz wurde mit 20 gegen 6 Stimmen der Antrag angenommen, den Beitrag um 20 Pf. pro Klasse zu erhöhen, so daß der Höchstbeitrag 3 M. beträgt. Von diesem Betrag und Klasse werden, nebst dem statutarischen Beitrag 50 Pf. an die Hauptstelle abgeführt.

Verbilligte Kleidung für die Ruhrbergleute.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Infolge des Ueberhöhtenabkommens erhalten die Ueberhöhten verfahrenen Bergleute des Ruhrreviers verbilligte Textil- und Schuhwaren. Das Reichsarbeitsministerium, in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium, hat in den letzten Wochen für insgesamt 88,13 Millionen Mark Schuwaren und Textilien im Auftrag gegeben, davon für 17,63 Millionen Textilien an die sächsische Industrie, die damit den größten Anteil erhalten hat. Bei der guten Entwicklung des Ueberhöhtenwesens, die von dem wirtschaftlichen Verständnis der Bergleute zeigt, bilden diese Bestimmungen nur den Anfang einer größeren Aktion, die zugleich eine wirksame Unterstützung der notleidenden Textil- und Schuhwarenindustrie bedeutet. Es sind Verhandlungen im Gange, um dieser Aktion dadurch noch einen weiteren Rahmen zu geben, daß die Mittel der produktiven Erwerbsloshilfe für ihre Unterstützung herangezogen werden.

Vom Siedlungsverband Ruhrlohlenbezirk.

Am 20. Oktober fand die zweite Sitzung der Verbandsversammlung im Saalbau in Essen statt. Der innere Ausbau des neuen Apparates ist noch unferdig, noch im Entstehen begriffen. Die neue Tagung der Verbandsversammlung hat wesentliche Schritte zu seiner Vollendung getan. Es wurde als Beigeordneter des Verbandsdirektors der bisherige Stellvertreter des Verbandspräsidenten, Dr. Kappaport, gewählt. Ferner genehmigte man den vom Verbandsdirektor vorgelegten und vom Verbandsausschuss schon fast zusammengezeichneten Haushaltsplan, der für das erste halbe Jahr mit 1 Million Mark abschloß. Außerdem berückte sich die Verbandsversammlung noch über besondere Ausschüsse, die ihr die Arbeit erleichtern sollen, einen Wahlprüfungs-, einen Finanz-, ferner einen Verfassungs- und Personal- und schließlich einen volkswirtschaftlich-technischen Ausschuss. Bei der Vorannahme dieser Wahlen kam es zu einem grundsätzlichen Zusammenstoß. Die vom Verbandsdirektor Dr. Lütcher geführte Gruppe der kommunalen Vertreter glaubte aus dem Gesetz herauszufallen zu müssen, daß die Ausschüsse nur dann ein verkleinertes Spiegelbild der Versammlung werden könnten, wenn die Gruppe der kommunalen Vertreter, die die Hälfte der Versammlung bildet, auch die Hälfte der Ausschussmitglieder zu stellen habe; ebenso sollten die Arbeitnehmer und -geber zusammen die andere Hälfte stellen. Man hatten sich aber bereits zwei politisch orientierte Fraktionen gebildet, eine vom Zentrum und eine sozialdemokratische. In deren Auftrag beantragte der Zentrumsführer, Conrad Klauener, daß die Wahl auf Grund der Fraktionsstärke, wie es in den Parlamenten üblich sei, vorgenommen werde. Dabei sollte es den Fraktionen gestattet sein, bei Beratung von dringlich besonders interessierenden Gegenständen, eines ihrer Ausschussmitglieder zugunsten eines anderen Fraktionsmitgliedes, das aus der betreffenden Gegenstände stamme, zuzuzuziehen. Dieser Antrag wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 75 Stimmen angenommen. Danach wurde die Fraktionsstärke festgestellt: Zentrum 46, sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Fraktion 41, Wirtschaftliche Vereinigung (Stich-Wunder) 6, Kommunale Gruppe 29, Wirtschaftliche Gruppe (Unternehmer) 41. Namentlich sind jedoch nur die Fraktionen ihre Listen zu den Ausschüssen ein.

Von sachlicher Bedeutung waren noch die Ausführungen des Verbandsdirektors über seinen Arbeitsplan, den er zur Begründung des Voranschlages auseinandersetzte. Unter den dringlichsten Aufgaben erwähnte er die Beeinflussung des Reichs. Der Verbandspräsident ist schon mit der Berechtigung der Betriebsleiter der Kleinbahnen des Bezirks in Verbindung getreten, um über die Befreiung der Betriebsmängel zu verhandeln. Ebenso seien Verhandlungen aufgenommen, um den Berliner Vorortstafel der Staatsbahn auf den Ruhrbezirk zu übertragen, und eine Jahreshauptversammlung herbeizuführen, die dem Berufs- und Arbeiterverkehr besser Rechnung trage. Als besonders dringlich bezeichnete Dr. Schmidt ferner die Durchführung der Bergmannsbefreiungen, die Erhaltung der Wälder und die Wiederbelebung der allgemeinen Bauwirtschaft, als Wege dazu die Schaffung eines Katasters der bestehenden Grundstücken und ein Fortschreibungsrecht, aber auch die Förderung der Bauwirtschaft, insbesondere durch Beibehaltung des Wohnungsabgabegesetzes, Schaffung eines besseren Enteignungsrechtes. Vor allem muß natürlich der Wohnungsplan geschaffen werden, darin der Plan für die künftige Verkehrsmitel unbedingt frei zu haltenden Flächen, die im Gesetz als Verkehrslande bezeichnet worden sind. Die beiden verlässlichen Fraktionen geben unter Zustimmung zu dem Programm des Verbandsdirektors entsprechende Erklärungen ab.

Unvollständige Selbstverfänger.

Wir haben schon sehr oft nachgehört, wie unbedingt notwendig es im Interesse aller Arbeiter ist, allen rationalen Vortheilen auf die Finger zu setzen, die auf Herz und Nieren zu prüfen. So hat eine Prüfung scheint sich im wesentlichen bei einem gewissen P. Schumacher, seines Zeichens Unionist und „revolutionäres“ Betriebsratsmitglied auf Bege ver. Engländer bei Beginn, vollzogen zu haben. Der Menschheit ganzer Jammer erliegt einem, wenn man erfährt, wie dieser Mann das Vertrauen der Bergarbeiter mißbraucht hat. Bei jeder Sendung Anzüge, die freier mit eingingen, hat er es verstanden, für sich einen laßlosen neuen herauszufaktieren durch Umtausch seiner getragenen Anzüge. Außerdem ist der Mensch von 2 fesselnden Anzügen bis heute noch nicht aufgeben. In seiner Eigenschaft als Stahler beim Schmelzverkauf auf genannter Höhe stellt sich ein Konto von 14245 M. heraus, und über den Ueberhöhten hierher kommt erklärt Sch., dieses Geld verpfändet zu haben. Zum Schmelzverfänger auf die Herausgabe der Gelder aufmerksam gemacht, erklärte Sch. frech: „Wenn Sie wegen dieses 14245 M. in die Öffentlichkeit treten, bekommen Sie gar nichts.“

Bei einer Aussprache über die Befreiung des Ruhrreviers durch die Entente sagte dieser Ueberhöhtenverfänger: „Die sagt nur so kommen, mit denen muß man sich nur gut halten! Denn, wenn wir den roten Mann ist, dessen Lied man singt!“ Ein andermal von einem Beamten gefragt, warum er in Belegschaftsversammlungen und Sitzungen mit der Vertretung nur immer mit dem Kopf nicht, antwortet Sch.: „In solchen Sachen muß man man Diplomat sein, denn wenn ich auf die Straße fliege, gibt mir die Fische und auch die Union nichts. Die vom alten Verband können gut anstrumpfen, denn sie bekommen Ueberhöhten.“ Das hat Sch. selbst ganz richtig erkannt, beweist wohl seine Verachtung am 6. Juni 1920 um einen Arminialbeamten. Wer nicht mit allen Schichten, Knien und Gaunertricks der Ueberhöhten heraus zu, und sich nicht so sehr einem Vorkommen nicht fähig fühlen. Besonders wegen seiner Erfahrungen dazu bei, daß die gesamte Ueberhöhtenverfänger zum Schaden kommt und nicht mehr jedem Ueberhöhten revolutionären Ueberhöhten Ueberhöhten Ueberhöhten leistet. Die Ueberhöhtenverfänger wird im weit in der nächsten Versammlung etwas näher mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben. Um ihren Fraktionen stellt sie zu erkennen.“ Und diese Frucht ist wohl überreif zum Abschneiden.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Konferenz für den Aachener Bezirk.

Am 17. Oktober fand für den Aachener Bezirk eine Konferenz statt, auf der nachstehende Entschcheidung einstimmig Annahme fand: „Die am 17. Oktober 1920 im Lokale „Zur Mauer“ in Aachen, Münsterplatz, tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für den Bezirk Aachen nahm die einzelnen Berichte der Bezirksleitungen entgegen und gab hierzu folgende Erklärung ab: Konferenz bedauert lebhaft, daß ein großer Teil unserer Mitglieder bei dem am 10. Ueberhöhtenverfänger fraktionslos geworden sein Wahrscheinlichkeit nicht ausgereicht hat, zumal gerade die Verhältnisse in der Ruhrindustrie außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Einstellung der einzelnen Sprengel, die keinen Anspruch auf Anwartschaft machen kann, mit der Schuld trägt an der geringen Arbeiterzahl. Nichtsdestowenig spricht die Erwartung aus, daß unsere gewählten Ueberhöhtenverfänger sich um die Ueberhöhtenverfänger zu bemühen.“

Zur Frage der Verbilligung der Kleidung erklärte die Konferenz, daß die im Ruhrbezirk getroffenen Bestimmungen das Mindeste bedeuten, was auch die Aachener Bergarbeiter davon erwarten müssen. Weiter ist die Konferenz der Ansicht, daß die Befreiung der Ueberhöhtenverfänger durch ein fortschrittliches Ueberhöhtenverfänger ein weiterer Ausbau der Ueberhöhtenverfänger notwendig machen wird.

Zugleich der Richtlinien für Betriebsräte erklärte Konferenz, daß der vom Arbeitgeberverband eingereichte Entwurf unzureichend ist. Grundlegend für die zu vereinbarenden Richtlinien muß der Wille des Ueberhöhtenverfänger sein, die Demokratie im Ueberhöhtenverfänger zu fördern. Der dringliche Wunsch des Ueberhöhtenverfänger muß dringend gefordert werden, jedoch darf die ab 1. Juni d. J. gezahlte Lohnserhöhung und die Erhöhung des Hausgeldes nicht vom Zuschlag der achten Stunde abhängig gemacht werden. Ferner besteht Konferenz darauf, daß für Bonn- und Aachenerbezirk ein Mindestbeitrag von 75 Proz. gewährt wird.

Einschließlich der von der Reichsregierung zugeflogenen Lieferung von verbilligten Lebensmittel und Bekleidungsgegenständen spricht Konferenz die bestimmte Erwartung aus, daß namentlich die im Schreiben vom 9. Oktober angegebenen Liefertermine eingehalten werden.

In der Sozialisierungsfrage ist sich Konferenz darin einig, daß die Sozialisierung des Ueberhöhtenverfänger sofort in die Wege zu leiten ist. Auch die Aachener Bergarbeiter haben es sich für eine Handvoll privater Kapitalisten ihre Arbeitskraft durch Ueberhöhtenverfänger vorzeitig zu verbräuen. Mit solchen Maßnahmen ist unsere Wirtschaft auf die Dauer nicht zu halten. Eine Verstaatlichung nach den bisherigen bürokratischen-fiktionalen Ueberhöhtenverfänger ist nur in der vollkommenen Ueberhöhtenverfänger des Ueberhöhtenverfänger in der Beschäftigung liegt das Mittel, die Ueberhöhtenverfänger der Bergarbeiter zu erhalten und zu heben. Wer sich gegen die Sozialisierung wendet, laßt eine ungeheure Verantwortung auf sich und berechtigt sich am Volksganzen.

Zur Beitragsfrage erkennt Konferenz durchaus die Notwendigkeit an, die Finanzen des Verbandes mit der gestiegenen Mitgliederzahl in Einklang zu bringen. Der Zustand, daß wir heute unter 38 freien Gewerkschaften mit der Höhe der Beiträge erst an 29. Stelle stehen, ist nicht nur beschämend, sondern geradezu unannehmlich geworden, zumal im Vergleich nicht die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Wir fordern, daß die Bergarbeiter in Anbetracht ihrer schweren geschäftlichen Berufstätigkeit in der Entlohnung an erster Stelle stehen und müssen in logischer Folge auch danach die Beitragsfrage lösen. Konferenz beschließt nach eingehender Prüfung der Frage, der Wochenbeitrag ab 15. November d. J. auf 4,00 M. festzusetzen. Für Kameraden unter 18 Jahren, welche nicht der Jugendklasse angehören, sowie solchen, deren Arbeitskraft beeinträchtigt ist, und den Frauen, soll ein niedrigerer Beitrag, und zwar 3,00 M. pro Woche, gestattet sein.

In Sachen der Lohnforderung erwartet Konferenz vom Schlichtungsausschuss Aachen, daß er in seinem Verfahren den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter Rechnung trägt. Sollte ein befriedigendes Ergebnis nicht rechtzeitig werden, so beauftragt Konferenz die Organisationsleitung, sofort das Eingreifen der Reichsregierung und der sonstigen Behörden zu veranlassen.

Konferenz ist sich bewußt, daß die Bergarbeiter schweren Kämpfen entgegen gehen. Sie spricht der Organisationsleitung das Vertrauen aus und erwartet, daß die Bergarbeiter in diesen schweren Wochen Disziplin üben werden.“

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Den Betriebsräten ins Stammbuch.

Wenn wir in der letzten Zeit in unseren Gewerkschaftsblättern etwas gelesen haben über „eingewidmete Betriebsräte“, in Bezug auf deren praktische Tätigkeit wir manche trübe Erfahrung machen mußten, so ist es wohl an der Zeit, unseren Betriebsräten einmal der von Beginn des Betriebsrätekonzepts in Berlin in den ersten Ueberhöhtenverfänger Arbeitplan des Gewerkschaftsbundes und der Ueberhöhtenverfänger zu zeigen und vor allen Dingen an die von den Organisationsleitung

gegebenen Richtlinien für die Betriebsräte unseres Verbandes zu erörtern. In dem vom Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeitsplan heißt es:

Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenzirkel ist ein getrenntes Wirken von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft einbringen und je fähiger sie dem Unternehmer entgegen treten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Was bleibt nun in der Praxis von diesen in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter- und Angestelltenklasse gefassten Plänen und Entschlüssen über? Ich behaupte: wenig. Es ist eben der große Fehler unserer Betriebsräte, daß sie es so wenig verstehen nach den von ihnen selbst und im Verein mit den Gewerkschaften aufgestellten Richtlinien zu arbeiten. Darüber ist man sich auch auf dem jetzt in Berlin stattfindenden Betriebsräte-Kongress klar geworden, daß die Betriebsräte, wenn sie ihre mannigfachen Aufgaben im Produktionsprozeß erfüllen sollen, des starken Rückhaltes der Gewerkschaften bedürfen, die vom Gewerkschaftsbund und der Afa geschaffene Betriebsrätezentrale billigt. Die Entschlebung wurde mit einer starken Dreiviertelmehrheit angenommen und hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur besten Entwicklung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu dienlichen Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Erfüllung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Verkehr zwischen Kapital und Arbeit auszubilden haben. Die Stützung auf die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhaltes der Gewerkschaften fähig sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Aufgabe dieser selbst.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder rechtlich noch zweckmäßig, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erhöhung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lähmen. Dagegen ist eine dringliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa sowie der Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die dringliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale steht der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa gegeben. Der vom Kongress zu wählende Vorstand wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführenden Ausschuss sofort die Vorbereitung der Statuten zu den Betriebsrätezentralen vorzubereiten, sobald deren Bezirke feststehen.

Würde man nach diesen Entschlüssen in den Betrieben gearbeitet, dann wäre alles in schönster Ordnung und manche Dummeheit wäre nicht gemacht. Wie sieht es aber damit in der Praxis aus? Heute müssen wir uns den unseren führenden Gewerkschaftskameraden und alten bewährten Parteiführern sagen lassen, daß wir die von uns so häufig verlangte Sozialisierung selbst sabotiert haben. Das sind bittere Wahrheiten, das muß uns zu denken geben. In diesem Falle handelt es sich um die 1. geplante Sozialisierung auf der Hühner-Hütte bei Weine. Der frühere Reichsarbeitsminister A. Schmidt erklärte auf dem sozialdem. Parteitag in Cassel, daß Tausende von Arbeitern, darunter auch Betriebs- und Arbeiterräte, gegen die geplante Sozialisierung dieses modernen rentablen Industriebetriebes demonstriert hätten. Somit ist die Sozialisierung unterblieben. Heute steht die Sozialisierungsfrage im Vordergrund des gewerkschaftl. Interesses und es wäre außerordentlich merkwürdig, wenn auch in diesem Falle unsererseits praktische Erfahrungen gemacht wären.

Ein anderes Beispiel, das in Nr. 41 unseres Verbandsorgans veröffentlicht wurde, wo es den Unternehmern auch gelungen ist, die Betriebsräte einzumischen und ihren Interessen dienlich zu machen. Hier handelt es sich um die sozialen Ausführaufgaben. Unsere Vertreter haben nach hundertmaligem parlamentarischen Ringen diese sozialen Ausführaufgaben im Interesse unserer Jubiliden, Witwen und Waisen im Bergbau erledigt und vonseiten der Betriebsräte wird gemeinsam mit den Unternehmern gegen diese Ausführaufgaben protestiert. Man könnte noch mehr Beispiele anführen, wo es dem Unternehmertum mit Erfolg gelungen ist, die Betriebsräte für ihre eigenen kapitalistischen Interessen zu verwenden. Diese Tatsachen beweisen aufs nachdrücklichste, daß die Betriebsräte ihre mannigfachen Aufgaben nur in enger Fühlung mit den Gewerkschaften erfüllen können und der Mitarbeit der alten erfahrenen, kühnen Führer dringend bedürfen, um weiteres Unheil im Interesse unserer Sache zu verhüten. Nicht nachher, sondern vorher soll man sich über alle wichtigen Fragen informieren. In der Regel erkrankt man sich seitens der Betriebsräte aber erst an den Verband, wenn man "sehr spät" ist.

Man ist in einzelnen Fällen schon so weit gegangen, daß seitens der Betriebsräte einzelner Werte Konferenzen abgehalten wurden, von welchen weder die Betriebsleitungen noch der Vorstand etwas wußten, und was dort besprochen und beschlossen wurde, behielt man für sich. Ein und für sich ist ja der Tätigkeitsbereich einzelner Betriebsräte zu begrenzen, aber auch hier gilt das Wort: "Nimmer Eifer schadet nicht". Auch wir und gewiß vielen anderen Kameraden geht manches nicht schnell genug. Sehen wir gemeinsam daran und lassen die Betriebsräte-Organisation in ihrer Fühlung mit unseren Verbänden auf, gehts auch nicht so schnell, so wird doch gründliche Arbeit geleistet. Nur als eine einzige geschlossene Klasse, im vollen Bewußtsein unserer Kraft, gelangen wir an unser Ziel!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Betriebsräte- und Vertrauensmännertagung in Burgsch.

Am 10. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus in Burgsch eine Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte unseres Verbandes. Sie befaßte sich mit der Arbeitsordnung, die für das gesamte Schiefergebirge eingeführt werden soll. In der Form, wie die Arbeitsordnung von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission von Unternehmern und Betriebsräten vereinbart worden war, fand sie einstimmige Annahme.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war: Stellungnahme zur Erhöhung des Lokaltarifes auf 1,00 Mk. Betriebsleiter Weidart begründete diese ausführlich, indem er die Beschlässe des internationalen Bergarbeiterkongresses vorlegte, aus welchen ersichtlich ist, daß dort die Sozialisierung des Bergbaues beschlossen wurde. Die Erhöhung der kapitalistischen Wirtschaftswerte durch die sozialistische Lohnbewegung nur geschaffen durch Anknüpfung aller verfügbaren Mittel und Kräfte. Vorwiegend wurde natürlich auch die finanzielle Lage des Verbandes ausführlich behandelt sein bei der Durchsicht der Sozialisierung. Dazu kommt noch, daß sich in unserem Bezirk die Anhebung zweier Lokaltarifen nötig macht, welche auch erhöhte Geldausgaben bedingt. Die Diskussion über die Lokaltariferhöhung war sehr lebhaft. Folgende Entschlebung wurde mit großer Mehrheit gefaßt:

Die am 10. Oktober tagende Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Thüringer Schiefergebirge hat sich für die gefassten Beschlässe des internationalen Bergarbeiterkongresses in Bezug zur Durchführung der Sozialisierung, ferner zur besseren Schulung der Verbandsfunktionäre durchzuführen, den Verbandsbeitrag auf wöchentlich 3,00 Mk. zu erhöhen. Von der Beitragserhöhung sollen ohne jede Kürzung 50 Pf. dem Kampffonds überwiesen werden.

In Thüringer Schiefergebirge standen die Löhne immer mit am niedrigsten durch die Schuld der dortigen Arbeiter, die zum großen Teil die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenwirkens nicht erkennen. Die Unterlassungshinweise der Regierung wirkten auch heute noch nach. Das zeigt schon die Ablehnung der so notwendigen Beitragserhöhung. Offenbar glaubt man im Thüringer Schiefergebirge immer noch, es ginge von selber. Doch es wird kein werden. Die Entlohnungsfrage werden den der Rot bestimmt. Die Selbsthaltung erfordert eine den E. K. L. müssen entsprechende Stellung unserer Kampftruppe. Dieser Aufgabe werden sich auch die Arbeiter im Thüringer Schiefergebirge nicht entziehen können.

Edward Schneider f.

Am 9. Oktober fand plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages unser langjähriger Mitglied und Mitbegründer unserer Zeitung, der Kamerad Edward Schneider, geboren am 1. März 1865 in Weiden. Mit Edward Schneider ist wiederum ein alter Kamerad aus Ruhe gegangen. Seit seiner Kindheit ist er im Bergbau tätig gewesen. Er war ein Mann von großem Verstand und einer hervorragenden Berührung. Bei der Gründung der Deutschen Soldatenvereine, die er leitete, war er ein Mann von großem Verstand und einer hervorragenden Berührung. Bei der Gründung der Deutschen Soldatenvereine, die er leitete, war er ein Mann von großem Verstand und einer hervorragenden Berührung.

Als Initiator hat er sich besonders ausgezeichnet. Bei keiner angelegten Initiations-Lore hat er gefehlt. Ob Sonnenschein oder Regen, ob Schnee und Eis, Edward Schneider war zur Stelle. Die weitesten Fußmärsche, die oftmals durch mehrere Ortschaften 5-7 Stunden und mehr ausmachten, und die schwärzlichen Ecken übernahm er mit. Aus leidenschaftlicher Hingabe und Ueberzeugungstreue für die Organisation hat er so manchen Unorganisierten in den Verband gebracht. In den Versammlungen verstand er es in aufopfernder Hingabe, durch überzeugende Reden so manchen Anteilswilligen für den Verband zu fesseln. Auch war Edward Schneider einer von denen, die immer und immer wieder dafür eintraten, daß unser Verband erst dann eine starke und stolze Organisation sein würde, wenn die Mitglieder die Erkenntnis schäffen, daß unsere Beiträge zu niedrig sind und demzufolge erhöht werden müßten. Wenn es galt, Mitglieder, die sich vom Verband abgemeldet hatten, wieder zu gewinnen, dann war oftmals der letzte Gedanke an Edward Schneider. Sein Andenken in Ehren!

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs Bernburg (Anhalt).
Z. A.: Albert Raag.

Beilegung des Bergarbeiterstreiks im Oberböhlinger Gebiet.

Der von den Unionisten angeordnete Streik im Oberböhlinger Gebiet, der von den Unionisten angeordnet ist am 16. Oktober durch Vermittlung der Bezirksleitung unseres Verbandes in Halle beigelegt worden. Die gewerkschaftlich organisierte Belegschaft der vom Streik betroffenen Gruben hatte eine Kommission gebildet, auf deren Ersuchen die Bezirksleitung die Verhandlungen einleitete. Die Veranlasser des Streiks selbst wählten von den Verhandlungen gänzlich ausgeschlossen. Die Verhandlungen fanden vor der Schlichtungsstelle der Untergruppe Halle statt und endeten damit, daß die Vertreter der Arbeiter erklärten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Arbeit am 18. Oktober aufgenommen wird. Ueber die freitägigen Fragen sollen dann die zuständigen Organe weiter verhandeln. Dieser Aufforderung haben die Belegschaften mit wenigen Ausnahmen Folge geleistet. Soweit technische Betriebschwierigkeiten nicht in Frage kamen, wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen.

Damit hat eine von verantwortungslosen Elementen ins Werk gesetzte, von vornherein ausichtslos erscheinende Bewegung einen kläglichen Zusammenbruch erfahren. Es hat sich gezeigt, daß der größte Teil der Belegschaft der Streikbare nur widerwillig gefolgt ist, während selbst die Unionisten der Aufforderung der Gewerkschaften zur Arbeitsaufnahme Folge leisteten. Eine Streikleitung der Unionisten gab es überhaupt nicht; man stellte sich auf dem Standpunkt, die Masse müsse ihr eigener Führer sein. Bemerkenswert ist, daß eine allgemeine Abstimmung zum Streik nicht stattgefunden hat. Von der etwa 3000 Mann starken Belegschaft haben wenig über 100 Mann durch Handaufheben den Streik beschlossen. Die Bekanntmachung zum Streik ist durch den Betriebsrat erfolgt. Der Hauptführer hat sich in eine Sektanterie auf genommen lassen.

In den Streikorten spricht man allgemein davon, daß der sogenannte Führer bei Unionisten des Streiks erkrankt habe. Man wolle einmal zeigen, was die Unionisten können. Uebrigens habe man die Aufforderung zum Streik von der Berliner Reichszentrale erhalten.

Wir können die Tatsache nicht nachprüfen; unwahrscheinlich jedoch scheint die Sache nicht zu sein. Hoffentlich sehen nun endlich die irreführenden Arbeiter ein, daß sie von den unionistischen Kaufleuten jedesmal im Stich gelassen werden, wenn es brenzlich wird, während die Gewerkschaften denselben eingreifen müssen, wenn es gilt, die Arbeiter zu Erfolg zu vertreten. Mögen die Arbeiter einsehen, daß ihre Interessen am besten vertreten werden durch die Gewerkschaften; aus diesen traurigen Vorgängen aber auch die richtige Lehre ziehen und dem Verband beitreten.

Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am 16. Oktober begannen in Halle die Verhandlungen der Organisationen des Bergbaues mit den Arbeitgebern über die Lohnerhöhung. Kamerad U. D. e. u. t. i. g. begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung angesichts der derzeitigen, sich täglich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Seitens der Arbeitgeber konnte man sich der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nicht verweigern. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, indem die Arbeitgeber eine Erklärung abgaben, nach der sie ohne eine Kohlenpreiserhöhung nicht in der Lage seien, weitere Zugeständnisse über den jetzigen Tarif hinaus zu machen. Sie beantragten vielmehr, die Verhandlungen abzubrechen und sie in Berlin mit dem Reichsarbeitsminister fortzusetzen. Zu diesem Zwecke wurde eine 22gliedrige, paritätische Kommission gewählt, die in aller Eile die Verhandlungen aufnehmen soll.

Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Halle

Am 17. Oktober tagte in Rötzen eine Bezirkskonferenz, die besucht war von den Vertretern der Ortsverwaltungen und den Betriebsräten. Die Kameraden Margareten, Eitelben und Müller. Reichsheimatbad erhielten den Bericht vom Reichsbetriebsräte-Kongress. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die von etwa 250 Delegierten besuchte Konferenz mit den in Berlin gefassten Beschlüssen einverstanden. Hierauf referierte Kamerad U. D. e. u. t. i. g. über die bevorstehende Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß die Sozialisierung mit Erfolg nur dann stattfinden kann, wenn die Bergarbeiter bereit wären, geschlossen den Kampf für die Sozialisierung aufzunehmen. Man dürfe nicht erwarten, daß der Reichstag bei seiner heutigen Zusammensetzung willens sei, die Vollsozialisierung durchzuführen. Er verteilte weiter den Standpunkt, daß der Kampf der Bergarbeiter an erfolgreichsten sein würde, wenn nicht, wie es jetzt ist, einige zwanzig Organisationen im Bergbau beständen, sondern wenn eine einheitliche Organisation für alle im Bergbau Beschäftigten geschaffen würde.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde folgende Entschlebung einstimmig angenommen:

Die am 17. Oktober 1920 im "Schützenhaus" in Rötzen tagende Konferenz der Ortsverwaltungen und Betriebsräte des Bezirks Halle des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschließt, daß der Hauptvorstand sich sofort mit den Hauptvorständen der im Bergbau tätigen Organisationen in Verbindung setzt, um baldigst die Einheitsorganisation im gesamten Bergbau herbeizuführen. Die Konferenz ist einstimmig der Ansicht, daß ohne geschlossene Industriearbeiterschaft die Sozialisierung des Bergbaues nicht durchführbar ist.

Ebenfalls einstimmig wurde folgende Entschlebung angenommen: Die am 17. Oktober 1920 im "Schützenhaus" in Rötzen tagende Bezirkskonferenz des Bezirks Halle des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands legt energig Protest ein gegen die schlechte Verpflegung im "Bergmannstrost" zu Halle. Die Konferenz wünscht, daß ihrem Wunsch auf bessere Verpflegung ihrer Mitglieder nachgegangen wird, anderenfalls Mittel und Wege gefunden werden, um die Verpflegung sicherzustellen.

Gegen nur wenige Stimmen wurde die Erhöhung des Bezirksbeitrages von 50 Pf. auf 1 Mark für den Kampffonds beschlossen.

Konferenz für den Bezirk Zeit-Weinberg.

Eine Reichskonferenz der Vertrauensleute und Obleute der Betriebsräte, welche am 17. Oktober in Zeit abgehalten wurde, beschäftigte sich besonders mit den bevorstehenden Kulturarbeiten unseres Verbandes. Nach der Berichterstattung über den internationalen Bergarbeiterkongress durch Kamerad Schmitt-Hochum, mit der Sozialisierung im Bergbau. Der Raum reicht nicht aus, um dem Vortrag die nötige Würdigung zu geben. Bei der Ausführung wurde den Anwesenden die Notwendigkeit klargemacht, daß mit den vorhandenen Mitteln die bevorstehenden Aufgaben schwer zu lösen seien. Die bisher bemessene Opferwilligkeit müsse gesteigert werden. Nachfolgende Entschlebung wurde von den Konferenzteilnehmern einstimmig angenommen:

Die am 17. Oktober tagende Konferenz der Vertrauensmänner und Betriebsräte des Zeit-Weinberg-Bezirks des internationalen Bergarbeiterkongresses in Zeit. Die Sozialisierung des Bergbaues wird daher in der nächsten Zeit für die Bergarbeiterchaft in Deutschland im Vordergrund des Interesses stehen, dessen Durchführung Aufgabe aller sozialistisch denkenden Arbeiter sein muß. Eine geschlossene Arbeiterschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage ist die unbedingte Notwendigkeit, wenn die Ueberwindung der Privatwirtschaft in die Allgemeinnützigkeit erfolgen soll. Die Organisation wird die Mittel und Wege zu prüfen haben, wie, um diese Aufgabe durchzuführen, erforderlich sind. Als geeignete Grundlage für die Konferenz den Vortrag I der Sozialisierungs-Kommission als Arbeitsprogramm für die Sozialisierung des Bergbaues. Die Sozialisierung des Bergbaues ist letzte Aufgabe der Bergarbeiterchaft allein, sondern der gesamten Arbeiterchaft und muß daher eine ungebrochene Verbindung sein in Frage kommenden Organisationsleistungen erfolgen.

Sollen die Aufgaben gelöst werden, dann ist es dringend erforderlich, auch ausreichende Mittel herbeizuschaffen. Nach eingehender Aussprache ist beschlossen worden, den Lokaltarif von 20 Pf. auf 1 Mark vollständig zu erhöhen. Der Antrag auf Erhöhung der Beiträge wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Anwesend waren 107 Vertreter, welche 17 500 Mitglieder vertreten.

Die Verhandlung der Konferenz zeigte die feste Geschlossenheit des Verbandes und auch die Opferwilligkeit, Mittel zu schaffen, um die bevorstehenden Kulturarbeiten der Erfüllung entgegenzuführen.

Süddeutschland.

Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz für Nordbayern.

Am 17. Oktober tagte in Bamberg eine Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz unseres Verbandes für den Bezirk Nord-Bayern. Zunächst wurde der Bericht der Bezirksleitung über die bisherige Tätigkeit entgegengenommen. Aus demselben geht hervor, daß sich der Bezirk seit dessen Bestehen ganz erheblich entwickelt hat. Am 1. Januar waren vorhanden: 18 Zahlstellen mit 8012 Mitgliedern, während am 30. September 40 Zahlstellen mit 6800 Mitgliedern dem Bezirk angeschlossen waren. An Versammlungen und Konferenzen, an welchen die Bezirksleitung beteiligt war und Referate übernommen, fanden fast 126. An Schlichtungsausschüssen war die Bezirksleitung 21 mal beteiligt und wurde in den meisten Fällen unseren Anträgen stattgegeben. Lohn- und Tarifrundverhandlungen fanden 13 statt. Weiter mußte die Bezirksleitung in einer ganzen Reihe von Fällen mit den Unternehmern Verhandlungen einleiten, teils wegen Entlassung von Arbeitern, teils wegen Nichterhaltung des Tarifes oder sonstiger Mißstände. In Unfallangelegenheiten wurde 7 mal Verband geleistet und ergibt, daß die betr. Kameraden teils eine Erhöhung ihrer Rente, teils bedeutende Nachzahlungen erhielten. Der Bericht wurde mit Beifriedigung entgegengenommen.

Ueber die Aufgaben des Verbandes referierte der Kamerad Gusemann. Wenn auch mit seinen Ausführungen ein Teil der anwesenden Kameraden nicht in allen Fragen einverstanden war, so wurde doch am Schluß die Notwendigkeit einer geschlossenen gemeinsamen Bergarbeiterorganisation anerkannt. Der Punkt Beitragserhöhung rief nach einer ausführlichen Begründung der Kameraden Gusemann und Zimmermann eine längere Debatte hervor, wobei sämtliche Diskussionsredner wohl die Erhöhung der Beiträge als dringend notwendig anerkannten, jedoch aber auch auf die Schwierigkeiten der Durchführung hinwies. Folgende Entschlebung wurde einstimmig angenommen:

Die Vertrauensmännertagung für den Bezirk Nord-Bayern beschließt die Beschlässe des internationalen Bergarbeiterkongresses und der Bezirksleiterkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in der Sozialisierungsfrage des Bergbaues. Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft nur dann gesichert werden kann, wenn eine völlige Umstellung der Rohstoffwirtschaft und des übrigen Bergbaues erfolgt. Die Konferenz fordert ferner einen schärferen Abbau der Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel. Sollte dies nicht schnell möglich sein, dann hat die Verbandsleitung dahin zu arbeiten, daß eine allgemeine Lohnerhöhung gefordert und durchgeführt wird.

Damit der Verband den neuen großen Anforderungen gewachsen ist, beschließt die Konferenz, daß vom 1. November ab der Lokaltarif auf 1,00 Mk. pro Woche erhöht wird. Davon sind 50 Pf. in den Kampffonds der Hauptkasse, 40 Pf. in die Bezirkskasse und 10 Pf. in die Lokalkasse abzuführen.

Mit einem dringenden Appell an die anwesenden Kameraden, mitzuwirken an den schwereren und wichtigen Aufgaben, die uns bevorstehen, wurde die Konferenz nach achtstündiger Dauer geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 44. Woche (vom 25. bis 30. Oktober 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung! Verbandsmitglieder. Achtung!

Nachdem die Vertrauensleute in den Bezirkskonferenzen dem Beschluß der Bezirksleiterkonferenz auf Erhöhung des Bezirks- bzw. Lokaltarifes fast einstimmig ihre Zustimmung gegeben haben, machen wir unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des § 10 des Statuts folgendes bekannt:

1. In allen Verbandsbezirken mit Ausnahme von Nachen, Adl und Oberhausen beträgt der Bezirks- bzw. Lokaltarif vom 31. Oktober 1920 (45. Beitragswoche) pro Mitglied und Woche in allen drei Beitragsklassen 1 Mark.
2. Der Bezirk Oberhausen erhebt vom 31. Oktober 1920 ab 1,20 Mk., während im Bezirk Adl 2 Mk. Bezirks- bzw. Lokaltarif erhoben werden.
3. Im Bezirk Nachen beträgt der Bezirks- bzw. Lokaltarif vom 1. November (47. Beitragswoche) für alle voll entlohnten Mitglieder 2 Mk. und für die übrigen 1 Mk. pro Woche.
4. Von diesem erhöhten Bezirks- bzw. Lokaltarif sind wöchentlich 60 Pf. für den Kampffonds der Hauptkasse bestimmt. Um den Zahlstellen und der Hauptkasse die Uebertragung zu erleichtern, soll unter Beachtung der bisherigen Beschlässe der gesamte Bezirks- bzw. Lokaltarif (abzüglich des in den einzelnen Bezirken den Zahlstellen verbleibenden Teils) der Bezirkskasse zugeführt werden. Die Bezirksleitung führt dann am Monatschluß den gesamten Betrag dem Kampffonds der Hauptkasse zu. Die Uebertragung der Zahlstellen des Kampffonds vollzieht sich also in der bisherigen Form weiter, so daß nur der bisherige Verbandsbeitrag an die Hauptkasse abgeführt wird.
5. Die neuen Beitragsmarken gehen den Zahlstellen und Bezirken bis Anfang November zu. Da beim Versand der neuen Marken Irrtümer vorkommen können, so ist jede Markenendung sofort zu prüfen und nachzuprüfen. Eventuelle Rängel und Unrichtigkeiten sind der Hauptkasse sofort mitzuteilen.
6. Da die alten Marken mit der Oktoberabrechnung eingekandt werden müssen, so tun alle Mitglieder gut, wenn sie etwa restierende Beiträge sofort nachzahlen, da sie sonst später den erhöhten Beitrag zu zahlen haben.
7. Die Uebertragungsbücher bleiben in der Höhe bestehen, wie sie das Statut unter Beachtung des Rundschreibens vom 26. März 1920 vorsieht. Der Verbandsvorstand.

Dem diesmaligen Zeitungspaket liegt die neue Nummer des "Jugendhorn" bei.

Die Jugendzentrale.

Betriebsräte! Den Betriebsräten und Vertrauensleuten zur Kenntnis, daß die "Betriebsräte-Zeitung" monatlich einmal erscheint.

Bücherrevisionen.

Stratze I. Vom 1. bis 7. November.

Snappshafstältesten-Kommission Dortmund. Am Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lauffer in Dortmund, Auf dem Berge: Quartalsversammlung.

Erklärung. Die in der öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung in Rietzen gegen den Bezirksleiter, Kameraden U. D. e. u. t. i. g. - Halle, ausgesprochenen, Falschbildung nehme ich reuevoll zurück, da sie auf Unwahrheit beruht. Franz Steinbach, Rietzen.

Vermischt wird seit September 1914 (Karneschlag) der Reservist Danzgraf, 6. Komp., 4. Garde-Regt. s. F., 2. Brig., 1. Div. Garde-Korps. Nachrichten erdeiten an Friedrich Sonnenschein, Eppendorf bei Hagen, Randscheldstraße 92.

Taschenkalender für 1921

ist erschienen und für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zum Preise von 5 Mk. (im Buchhandel 7,50 Mk.) durch die Ortsverwaltungen zu beziehen von O. Garmann & Co., Damm, Wilhelmstraße 42.